

Kordula Schulz-Asche

Engagement – Subsidiarität – politische Partizipation

Schon immer dem Engagement eng verbunden, konnte ich mit den Grünen bereits im hessischen Landtag einiges anstoßen. Auf der Bundesebene gibt es deutlich weniger Möglichkeiten, das Engagement vor Ort zu unterstützen. Doch wir können auch aus der Opposition heraus Engagement-Bereiche auf die Tagesordnung bringen, Leitgedanken zur Diskussion stellen und Reformen anstoßen. Dies haben wir Grünen im Bundestag auch in dieser Wahlperiode intensiv getan.

Die Breite und Vielfalt des Engagements in Deutschland ist beeindruckend und immer lehrreich – bei Treffen mit Engagierten, auf Veranstaltungen, im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement oder bei mehreren Fachgesprächen der grünen Bundestagsfraktion. Unsere Veranstaltungen und Beschlüsse zeigen, was uns Grünen in dieser Wahlperiode besonders am Herzen lag und mit Sicherheit weiter liegen wird.

1. Positionspapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Damit bürgerschaftliches Engagement grünt und sprießt!“

Freiwillig, qualifiziert, transparent und sich politisch einmischend sind grüne Leitgedanken für das bürgerschaftliche Engagement. Beteiligung fordern wir nicht nur, wir Grünen leben sie: Unser Positionspapier wurde durch ein öffentliches Fachgespräch und einer Online-Beteiligung, zu der wir breit Verbände und Bürger*innen eingeladen haben, erarbeitet.

Wir orientieren uns an sieben Kriterien:

- Selbstbestimmt und freiwillig handeln
- Empowerment: Eigene Potentiale und Ressourcen entdecken
- Alle beteiligen und niemanden ausschließen – von klein an
- Zeit und Gelegenheiten für Engagement schaffen
- Stabile Rahmen für Engagement sichern – Vernetzung stärken
- Transparent handeln und bürokratische Hürden abbauen
- Partizipation – nur wer teilhat, kann mitgestalten

Auf zwei Punkte, die es so wohl nur bei den Grünen gibt, will ich kurz eingehen:

Transparent handeln

Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind zentrale Qualitäten des bürgerschaftlichen Engagements. Unser Ziel ist Transparenz über Herkunft von Spenden, Fördermitteln und mögliche Abhängigkeiten (zum Beispiel Selbsthilfegruppen von Pharmaunternehmen).

Lebendige Demokratie braucht Partizipation und Bürgerbeteiligung

Bürger*innen wollen für ihre demokratische Beteiligung Formen, die über die repräsentative Demokratie und die Einflussnahme über Parteien hinausgehen. Sie wollen frühzeitig und auf Augenhöhe beteiligt werden. Das verbessert die Qualität der Entscheidungen, schafft Akzeptanz und vermeidet Konflikte. Das muss an vielen Orten geschehen: in den Sozialversicherungen (Selbstverwaltung, Patientenvertretung), bei Planungsprozessen oder in Schule, Ausbildung und Studium.

Bericht Fachgespräch <http://www.schulz-asche.de/themen/buergerschaftl-engagement/bericht-ueber-das-dialogforum-buergerschaftliches-engagement.html>

Fraktionsbeschluss https://www.gruene-bundes-tag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Buergerschaftliches_Engagement.pdf

2. Konferenz zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements für Flüchtlinge: Heute Helfen für Morgen

Wir erlebten gegenüber den Menschen, die aus Krieg und Elend zu uns fliehen, ein beeindruckendes Engagement der Bevölkerung. Die grüne Bundestagsfraktion hat Anfang 2016 über 80 Engagierte aus allen Regionen Deutschlands nach Berlin eingeladen. Gemeinsam diskutierten wir, wie wir von der Willkommenskultur zur Willkommensstruktur kommen, wie Integration gelingen kann und wie mit rechter Bedrohung umzugehen ist.

*Helfer*innen brauchen Unterstützung*

Das Engagement für Flüchtlinge hat die Zivilgesellschaft verändert. Es engagieren sich Menschen, die das bisher nicht getan haben. Die neuen Freiwilligen sind oft höher qualifiziert, haben häufiger selbst einen Migrationshintergrund und sind jünger als die „klassisch Engagierten“. Viele, die bisher politisch nicht aktiv waren, erlebten das Versagen und die Langsamkeit von Staat und traditionellen Institutionen. Sie wollten nicht mehr zuschauen und abwarten, sie gingen neue Wege und sie politisierten sich.

So unterschiedlich die Arten des Engagements der Teilnehmenden auch waren, die zusammengetragenen Forderungen an die Politik hatten viel gemeinsam:

- langfristige, verlässliche, unbürokratische und transparente Förderstrukturen
- Beratungen, Supervision und Fortbildungen für Engagierte

- Anerkennung und Kommunikation auf Augenhöhe – sei es mit der Verwaltung, der Politik oder den professionell Tätigen

Wichtig waren den Engagierten auch gut ausgestattete Programme für Demokratiebildung, Beratungsangebote zum Umgang mit rassistischen Angriffen sowie die Absicherung für engagierte Flüchtlinge, damit diese durch ihr Engagement keine Nachteile im Asylverfahren erfahren.

Wir haben in der Folge verschiedene parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht.

Bericht Konferenz <https://www.gruene-bundestag.de/themen/integration-fluechtlingspolitik/engagement-fuer-fluechtlinge-staerken-04-02-2016.html>

Antrag zum bürgerschaftlichen Engagement

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/082/1808221.pdf>

Antrag „Demokratie stärken – Dem Hass keine Chance geben“

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807553.pdf>

3. Reformbedarf im Gemeinnützigkeitsrecht – Politisch und gleichzeitig gemeinwohlorientiert?

Der Gemeinnützigkeitsstatus ist für viele Verbände und NGOs aktions- und überlebensnotwendig. Spätestens seit Attac 2014 vom Finanzamt Frankfurt die steuerliche Gemeinnützigkeit entzogen wurde, ist klar: Die Auslegungspraxis darüber, was noch gemeinnützig und ab wann Engagement (zu) politisch ist, ist zwischen den Finanzämtern widersprüchlich. Die grüne Bundestagsfraktion hat im Juni 2016 mit rund 60 Organisationen Lösungsvorschläge diskutiert. Einig war man sich, dass das Gemeinnützigkeitsrecht modernisiert werden muss, insbesondere durch die Erweiterung der Abgabenordnung um Begriffe wie Menschenrechte und Frieden.

Der jetzt eingebrachte Antrag schlägt u. a. Folgendes vor:

- Sicherzustellen, dass politische Äußerungen von Vertreter*innen gemeinnütziger Organisationen im Rahmen des verfolgten gemeinnützigen Zweckes grundsätzlich erlaubt sind.
- Den Zweckkatalog nach § 52 Abs. 2 AO grundsätzlich zu überarbeiten.
- Die Bildung einer Bundesbehörde, vergleichbar mit der *Charity Commission* in Großbritannien, zu prüfen.
- Zur weiteren Erhöhung der Transparenz und Publizität ein öffentlich einsehbares Gemeinnützigkeitsregister zu schaffen.

Bericht Fachgespräch <https://www.gruene-bundestag.de/themen/steuern/politisch-und-gemeinnuetzig-07-09-2016.html>

Große Anfrage mit Antworten <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809573.pdf>

Antrag <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/125/1812559.pdf>

4. Vielfältig. Gemeinsam. Engagiert. Freiwilligendienste weiterentwickeln!

Seitens der Regierung ist in dieser Wahlperiode leider wenig passiert, um die Freiwilligendienste weiterzuentwickeln. Es gab jedoch einen massiven Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Politische Bildung – Bildungszentren des Bundes

Bei den Beratungen des Bundeshaushalts 2015 waren wir Grünen die Einzigen, die gegen die Staatsfixierung der übergroßen Koalition von SPD, Union und Linken bei der politischen Bildungsarbeit der Bundesfreiwilligendienste protestierten. An den Bildungszentren in der jetzigen Form und dem jetzigen Konzept festzuhalten widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip, geht an vielen Bedürfnissen der Freiwilligen vorbei und ist auch unnötig teuer. Die massive Kritik der Zivilgesellschaft, aber auch des Bundesrechnungshofs, zeigt: Andere können diese Angebote mindestens genauso gut und deutlich günstiger anbieten.

Statt Jahr für Jahr mindestens 30 Millionen Euro in die Bildungszentren des „Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ zu stecken, wollen wir durch ein mit den freien Trägern entwickeltes Konzept die pädagogische Bildungsarbeit in allen Freiwilligendiensten weiter stärken.

Bundesfreiwilligendienst für die Flüchtlingshilfe

Die Ende 2015 zusätzlichen 10.000 Plätze im Bundesfreiwilligendienst und der sehr schleppende Start zeigten, dass das aus dem Boden gestampfte Programm zu kurz greift. Der Bundesregierung fehlt eine durchdachte Strategie zur Stärkung des Flüchtlingsengagements. Warum sie gerade die beliebten Jugendfreiwilligendienste FSJ oder FÖJ außen vor ließ, ist völlig unverständlich. Unser Ansatz lautete stattdessen: Die Ehrenamtsinfrastruktur vor Ort muss gerade beim Engagement mit Geflüchteten gestärkt werden, z. B. durch Unterstützung von Koordinationsstellen und Fortbildungen.

Weiterentwicklung der Dienste

Wir Grünen finden: Zukünftig soll jeder junge Mensch nach dem Schul- oder Ausbildungsabschluss die Chance auf ein freiwilliges Jahr in dem Bereich seiner Wahl haben – sei es im Sport, im Naturschutz, in der Kita, der Pflege oder im Kulturzentrum, in der Heimat, irgendwo in Deutschland oder Europa oder auf der anderen Erdhalbkugel. Dafür wollen wir die Zahl der derzeit circa 100.000 Freiwilligendienstplätze mindestens verdoppeln. Das heutige Bildungsangebot soll um ein persönliches Coaching zur Berufsfindung, Ausbildungs- und Studienplanung ergänzt werden, um den Orientierungscharakter der Dienste zu stärken.

Im April 2017 diskutierten wir die grünen Ideen zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste mit Expert*innen und Freiwilligen. Dort wurde deutlich, dass neben Qualifizierung und

Weiterbildung insbesondere Partizipation der Freiwilligen in den Diensten und handfeste Anerkennungskultur, wie z. B. kostenlose Bahn- und ÖPNV-Tickets, von Nöten sind. Freiwilligendienste sollten auch in Teilzeit möglich sein – auch damit würde der Dienst inklusiver. Die Rahmenbedingungen für Freiwillige aus dem Ausland sind dringend zu verbessern, die Zahl der Plätze zu erhöhen und die pädagogische Begleitung anzupassen. Für Drittstaatsangehörige müssen die Visavergabeprozesse deutlich erleichtert werden.

Im Juni 2017 bringen wir in den Bundestag einen Antrag ein, der viele Aspekte des Fachgesprächs aufgreift.

Bericht Fachgespräch <https://www.gruene-bundestag.de/themen/jugend/engagement-weiterentwickeln-12-05-2017.html>

Antrag „Freiwilligendienste ausbauen, Engagement anerkennen und attraktiver machen“

5. Dringend gesucht: Ehrenamtliche für die Blaulichtorganisationen

Rund 1,7 Millionen Männer und Frauen engagieren sich ehrenamtlich oder freiwillig in Hilfsorganisationen, Rettungs- und Sanitätsdiensten, den Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk. Trotz des hohen gesellschaftlichen Stellenwerts haben einige Blaulichtorganisationen massive Nachwuchsprobleme. Der demographische Wandel sowie der Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen droht diese Entwicklung zusätzlich zu verschärfen. Unternehmen sind seltener bereit Beschäftigte im Katastrophenfall von der Erwerbsarbeit freizustellen.

Allerdings gibt es auch gewaltige Potenziale, die die Organisationen bisher nicht ausschöpfen können. Sowohl der Frauenanteil als auch der Anteil von Migrant*innen, ist in den meisten Organisationen noch klein. Den auf langfristiges Engagement und umfassende Qualifizierung angelegten Strukturen steht das Bedürfnis vieler gegenüber, sich kurzfristig und flexibel zu engagieren. Das erfordert neue Aufgabenprofile der langfristig Engagierten und Führungskräfte. Weiterhin besteht Nachholbedarf bei der Mitarbeiterführung, der Willkommens- und Abschiedskultur.

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Vertreter der so genannten Blaulicht-Organisationen um Ideen zur Unterstützung des Engagements gebeten – gerade auch von Seiten des Bundes. Dies sind u. a.

- Zielgerichtete Forschung zu entwickeln, zu finanzieren und deren Ergebnisse einfach, systematisch sowie digital aufzubereiten.
- Modellprojekte etwa zur Organisations- und Personalentwicklung zu fördern und in die Fläche zu tragen.
- Gemeinsam mit den Bundesländern Barrieren abzubauen, die Engagierte daran hindern, ihre Tätigkeit auszuüben.

- Für eine bessere Vereinbarkeit von Engagement mit Familie, Beruf, Ausbildung, Schule und Studium zu sorgen.
- Die Kooperation der Blaulichtorganisationen untereinander zu stärken.
- Die Ausstattung (Fahr- und Maschinenpark und persönliche Schutzausrüstung) zu verbessern.
- Gemeinsam mit Ländern und Kommunen eine bundesweite Engagement-Karte (angelehnt an die Jugendleiter(in)-Card Juleica) einzuführen, die ehrenamtlich Tätigen Vergünstigungen ermöglicht.

Im Juni 2017 bringen wir in den Bundestag einen Antrag ein, der viele Aspekte des Fachgesprächs aufgreift.

Bericht Fachgespräch <https://www.gruene-bundestag.de/themen/demografischer-wandel/ehrenamtliche-dringend-gesucht-31-03-2017.html>

Antrag „Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe stärken“

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Dieser Unterausschuss kann Anhörungen durchführen, mit laufenden Gesetzesvorhaben und Initiativen befasst werden und, „falls erforderlich, politische Initiativen vorschlagen“ (Einsetzungsbeschluss). Trotz großem Konsens aller Fraktionen im Unterausschuss selbst ist dies kaum geschehen. Zu Beginn der nächsten Legislatur sollte das Thema Selbstbefassung, evtl. durch einen vollwertigen Ausschuss, auf die Tagesordnung. Eine Erweiterung um das Mega-Thema Demokratie liegt nahe.

Bei einem Ausschuss, der durchgängig mit der Zivilgesellschaft in Kontakt steht, freue ich mich darüber, dass wir in der Regel öffentlich getagt haben. Ich wünsche mir für die Zukunft eine noch offenere, partizipativere, die Zivilgesellschaft und die Bürger*innen noch mehr einbeziehende Arbeitsweise und mehr gemeinsame Positionierung (wie zum Beispiel bei der Kinderkommission).

Es bleibt also viel zu tun – für starkes Engagement und starke Engagierte.

Autorin

Kordula Schulz-Asche, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen, Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: kordula.schulz-asche@bundestag.de

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de